

Es gilt das gesprochene Wort!

Pressestatement

der Vorständin
des Caritasverbands der Erzdiözese
München und Freising e.V.

Gabriele Stark-Angermeier

anlässlich der Jahrespressekonferenz

am 12. Juli 2022
im Korbiniansaal
des Pater-Rupert-Mayer-Hauses, Hirtenstraße 4
in München

Anrede,

die aktuellen Themen für den Caritasverband in der Erzdiözese München und Freising gehen nicht aus.

Für den Herbst erwarten wir neben dem erneuten sprunghaften Anstieg der Corona-Infektionen einen hohen Andrang von Menschen, die inflationsbedingt in existenzielle Notlagen geraten werden.

Zu den konstanten Belastungen durch die Covid-Pandemie kommen nun die Folgen des Ukrainekriegs. Neben Millionen heimatlos gewordenen Menschen in der Ukraine und in allen Ländern Europas steigen die Energie- und Lebensmittelkosten weltweit, so auch in unserer Diözese.

Was bedeutet das konkret für die Dienste der Caritas, für die Menschen, die wir beraten, begleiten, pflegen oder betreuen?

Besonders Haushalte mit niedrigem Einkommen oder im Leistungsbezug sind von den steigenden Kosten betroffen. Reicht das Geld nicht mehr aus, um Lebensmittel und sonstige Käufe des täglichen Bedarfs zu decken, wird an anderer Stelle Geld eingespart und die Abwärtsspirale beginnt.

Können von dem vorhandenen Geld gerade so noch Lebensmittel gekauft werden, wird die Stromrechnung nicht mehr beglichen. Wird die Stromrechnung nicht mehr beglichen, droht irgendwann die Sperrung des Stroms über den Stromanbieter (daher ist die Initiative der Bundesregierung wichtig, Stromsperrungen auszusetzen). Um die Sperrung zu verhindern, wird der Strom bezahlt und auch die Rückstände bestmöglich beglichen, dafür ist dann aber kein Geld mehr da für anderes, z.B. die Miete. Wird die Miete nicht gezahlt, kann nach zwei Monatsmieten Rückstand eine fristlose Kündigung erfolgen. Wohnungslosigkeit droht.

Ich möchte das anhand eines echten Falles aus der Sozialberatung aus einem Landkreis im Norden der Diözese erläutern:

Ein Rentnerhepaar, die Frau ist in ihrer Mobilität eingeschränkt, bezieht Rente knapp über dem Anspruch auf Sozialleistungen (aufstockende Grundsicherung oder Wohngeld), das Paar hat keine Kinder. Das Geld reicht gerade für Lebensmittel, Miete und Stromkosten aus. Ein Auto kann sich das Paar sowieso nicht leisten, obwohl die Frau für Arztbesuche etc. darauf angewiesen wäre. Alle Erledigungen, Einkäufe etc. tätigt der Mann mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, soweit es ihm möglich ist. Für Neuanschaffungen, z.B. bei einer kaputten Waschmaschine sind sie auf finanzielle Unterstützung durch Spenden angewiesen. Bereits jetzt ist durch die steigenden Lebensmittelkosten ihr Haushaltsplan nicht mehr gedeckt. Spätestens mit der Erhöhung der Mietnebenkosten oder der monatlichen Abschlagszahlungen für den Strom kommt das Paar monatlich ins Minus. Zitat: „Ich weiß jetzt schon nicht mehr, wie ich alles zahlen soll. Ich habe jetzt schon Angst vor der Nachzahlung vom Strom und den Nebenkosten!“

Die kriegerische Auseinandersetzung – auch um Energie – hat den ohnehin bereits vorhandenen Anstieg der allgemeinen Lebenshaltungskosten beschleunigt und verschärft.

Zusätzlich zu den hohen Mieten in den Ballungsräumen der Erzdiözese haben die Menschen nun mit steigenden Nahrungsmittelpreisen und mit Rekordenergiepreisen zu kämpfen.

Allein im Mai 2022 betrug die Inflationsrate in Deutschland 7,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Lebensmittel wurden um 11,1 Prozent teurer, Energie – also Strom, Heizen, Mobilität – um ganze 38,3 Prozent. Dies ist nicht nur eine existenzielle Bedrohung für die Schwächsten der Gesellschaft, sondern betrifft zunehmend die Mittelschicht, aus der immer mehr Menschen abzurutschen drohen.

Zuschüsse für Energie- und Heizkosten werden nur bestimmten Personengruppen ausbezahlt, z.B. Empfängerinnen und Empfänger von Wohngeld. Die sog. Energiepreis-Pauschale können alle einkommensteuerpflichtigen Erwerbstätigen in Anspruch nehmen, jedoch fallen beispielsweise Rentner und Rentnerinnen (mit

Grundrente) hier durchs Raster. Auch ist die Auszahlung zeitlich nicht mit den Jahresabrechnungen abgestimmt.

Die Strompreise sind kontinuierlich gestiegen und werden 2022 drastisch in die Höhe gehen – die Löhne und der für den Strom vorgesehene Anteil in den Regelsätzen der Sozialleistungen dagegen nicht. So sind 2022 für einen Alleinstehenden im SGB II-Satz 36,43 Euro monatlich für Strom einkalkuliert. Zum Vergleich: ein Bestandskunde zahlt bei den Stadtwerken Dachau in der Grundversorgung für 2000 kWh 718,14 Euro pro Jahr, das heißt 59,84 Euro monatlich. Für einen Neukunden werden sogar 1.100,54 Euro jährlich fällig.

Sowohl im urbanen Raum wie München als auch in ländlich geprägten Gebieten hat sich die Anzahl der Kunden an unseren Lebensmitteltafeln in den letzten Wochen verdoppelt. Gleichzeitig geht die Anzahl der Warenspenden aus dem Einzelhandel zurück.

Die Tafel in Prien hatte vor dem Ukraine-Konflikt ca. 360 tägliche Besucher/-innen, nun sind es über 500. Tendenz: Es kommen immer mehr!

Die Tafel im Landkreis Dachau bekommt ebenfalls nicht genügend Lebensmittelspenden, um den bestehenden Unterstützungsbedarf zu decken. Die Warteliste für Neuanmeldungen liegt momentan bei über 300 Personen.

Es wird deutlich: **Die Tafeln können diese Notlage nicht auffangen. Auch hier ist die Politik dringend gefordert, die monatlichen Regelsätze der sozialen Grundsicherung endlich auf das Niveau der tatsächlichen Lebenshaltungskosten anzuheben! Es ist nicht die Aufgabe der Tafeln, die staatlichen Unterstützungsleistungen gering zu halten.**

Bei den Energiekosten ist eine Übernahme der Stromzahlungen über das Jobcenter dringend geboten – wie es bereits bei den Heiz- und Wasserkosten praktiziert wird.

Die Caritas erwartet einen weiter stark ansteigenden Beratungsbedarf und -aufwand. Diese Beratungsleistungen zahlt zum großen Teil die Kirche, andere Beratungsleistungen wie Schuldnerberatung usw. werden durch entsprechende Mittel des Bundes, des Landes und der Kommunen refinanziert, jedoch auch nicht immer auskömmlich!

Ebenso benötigt es längerfristige Finanzierungszusagen für neue und flexible Formen der Grundversorgung, die während der Covid-Pandemie gestartet wurden. Einrichtungen wie beispielweise die Korbinian- oder die Antoniusküche in München werden weiterhin dringend benötigt. Seit dem Start der Antonius-Küche sind bereits über 50.000 warme Mahlzeiten ausgegeben worden. Die Nachfrage stieg von März bis April 2021 von 100 auf 200 Portionen täglich. Um eine Überlastung zu vermeiden, haben wir bereits seit Herbst 2021 versucht, die Anzahl auf 200 zu begrenzen. Die tägliche Ausgabe befindet sich derzeit am logistischen Maximum von 250 Mahlzeiten. Der Strombedarf bzw. die Stromlast lässt eine Kapazitätserhöhung nicht zu.

Die Korbinianküche hat deswegen schon von verpackten Fertiggerichten auf sogenannte Schöpfgerichte umgestellt, welche sich logistisch flexibler handhaben lassen. Dies bringt jedoch personelle Einschränkungen, bedingt durch Hygienevorschriften, mit sich. Normalerweise gibt es eine Sommerpause, da sich die Menschen in den Monaten leichter versorgen können, nicht so in diesem Sommer. Die Zahl der Besucher/-innen steigt stetig.

Nach inzwischen zwei Jahren der Pandemie haben sich unsere Einrichtungen und Dienste kontinuierlich angepasst und weiter professionalisiert. **Corona ist die neue „Normalität“** in den Kindertagesstätten, den Altenheimen und den Beratungsstellen der Caritas geworden.

Einer der größten Belastungsfaktoren für unsere Belegschaften und Klientel war jedoch nicht nur das konkrete Infektionsgeschehen selbst, sondern der Umgang damit. Die Bürokratie hat uns sehr zu schaffen

gemacht, über Nacht verordnete neue Regeln sind in der Praxis nicht umzusetzen. Hier wäre etwas zu verbessern.

Ich möchte das am Beispiel unserer Kindertagesstätten illustrieren, für die Altenheime verhält es sich ähnlich: Die neuesten rechtlichen Regelungen zum Infektionsschutz erfuhren unsere Leitungen immer sehr kurzfristig, durch Newsletter der Bayerischen Staatsregierung. Oft war bis Freitagnachmittag nicht klar, welche Regelungen am Folgemontag gültig sind und umgesetzt werden sollten. Die entsprechenden Dienstanweisungen und Elternbriefe mussten bis Sonntagabend geschrieben, schon vor der Öffnung der Kitas am Montag um 7:30 Uhr allen Beteiligten bekannt gemacht sein. Für die organisatorische Umsetzung gab es keine Vorlaufzeit. Die Neuregelungen erfolgten häufig sogar im wöchentlichen Rhythmus. Ich zitiere eine unserer Fachbereichsleitungen: „Immer dann, wenn der Staatsregierung zu bestimmten kleinteiligen Sachverhalten noch etwas eingefallen ist, hat sie nachgelegt.“ Ohne Rückmeldungen der Sozialverbände zu beachten. Bis zum 30. Mai dieses Jahres sind insgesamt **84 Newsletter mit Neuregelungen** veröffentlicht worden. **Unsere Forderung vor den Ferien: Bitte jetzt (!) die Regeln für den Herbst machen und nicht erst mit Schuljahresbeginn.** Da ist es zu spät!

Wir haben bereits bestens funktionierende Hygienekonzepte. Bei einem Infektionsausbruch muss nicht die „Vollschließung“ einer Einrichtung erfolgen. Mit fein abgestimmten Schutzkonzepten können wir Ansteckungen verhindern, die Verbreitung effektiv eindämmen. Ziel ist es dabei, die Belastungen sowohl für unsere Mitarbeitenden als auch für Kinder und Eltern möglichst gering zu halten.

Das gilt auch für die Regelungen im Bereich der Altenhilfe und Eingliederungshilfe! Bitte nicht noch mehr Formblätter – die verhindern die Infektion auch nicht!

Der Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V. betreibt 27 Altenheime, 117 Kindertageseinrichtungen, 23 Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen sowie zahlreiche Beratungseinrichtungen und Dienste.

Diese befinden sich in unterschiedlichen Landkreisen und Kommunen, welche die Regelungen jeweils wieder unterschiedlich interpretiert haben und nach deren unterschiedlichen Vorgaben sich die jeweilige Einrichtung zu richten hatte.

Hier sage ich ganz klar: Stopp!

Hier erwarten und fordern wir von der Politik, noch in diesem Sommer konkrete Schritte zur Entlastung unserer Einrichtungen.

Zum Schutz unserer älteren Mitmenschen **fordern wir weiterhin eine allgemeine Impfpflicht**. Eine lediglich einrichtungsbezogene Impfpflicht ist praxisfern und ungerecht. Unsere Senioren haben das Recht, sich frei in der Gesellschaft bewegen zu können. Ein „Wegsperrn“ sogenannter vulnerabler Gruppen bei der nächsten Herbst- bzw. Winterwelle tragen wir nicht mit!

Heute schon wünsche ich mir, dass die Normalität in den Häusern zurückkehrt. Ein Spontanbesuch bei der Oma soll möglich sein. Das ist so nicht möglich, da immer noch getesteter Besuch Vorschrift ist. Die Testzentren sind aber abgebaut – in der Apotheke gibt es oft nur 10 Termine pro Woche – für das benachbarte Altenheim mit 100 Bewohner/-innen.

Das Arbeiten unter Pandemiebedingungen stellt trotz zweijähriger Routine nach wie vor eine Bürde für unsere Mitarbeitenden dar. Ihre Ausdauer und ihr Engagement verdienen höchste Anerkennung.

Eine von der Pandemie besonders betroffene Gruppe sind pflegende Angehörige: Während der Lockdowns hat sich die Anzahl derjenigen, welche im häuslichen Bereich pflegen, erhöht, während sich gleichzeitig die Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit verschlechtert hat. Davon sind Frauen stärker betroffen als Männer: Im Winter von 2020/2021 leisteten erstere durchschnittlich 11,5 Stunden pro Woche Unterstützung, während männliche Pflegende nur 7,5 Stunden aufbrachten. Nicht Berufstätige leisteten 17,2 Stunden im Gegensatz zu Berufstätigen mit 7,6 Stunden pro Woche.

Hier bedarf es dringend einer Entlastung und einer gesellschaftlichen Anerkennung der pflegerischen Leistungen.

Der Caritasverband hat derzeit ca. 10.000 Mitarbeitende in allen Bereichen der sozialen Arbeit, aber auch Technik und Verwaltung. Alle Mitarbeitenden sind vielfältig – wie die Gesellschaft auch. Das soll sich nun auch in den arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen widerspiegeln – das kirchliche Arbeitsrecht wird reformiert und modernisiert.

Dazu gehört, dass die private Lebens- und Beziehungsgestaltung keinen Einfluss auf die Perspektive haben darf, für die katholische Kirche oder in einer kirchlichen Organisation zu arbeiten.

Wir als Caritas begrüßen das. Unser Verband ist vielfältig, uns ist jeder Mensch willkommen, der mitwirken und mitarbeiten möchte – unabhängig von Glaubensrichtung oder sexueller Orientierung. Was für uns zählt, ist der Wille, an der Gestaltung einer besseren Welt mitzuwirken. Denn wir sind der Überzeugung, dass christliche Werte und eine moderne, offene Zivilgesellschaft sehr gut zueinander passen.

Jenseits krisenbedingter Bedarfe baut die Caritas ihr Angebot stetig aus und setzt neue Konzepte in der Praxis um:

Dazu gehören die neue Hospizinsel in Glonn, das neue Kinder- und Familienzentrum München Süd oder das neue Caritas-Zentrum in Prien. Drei unterschiedliche Beispiele:

Die **Hospizinsel Glonn** wurde im April 2022 eröffnet, sie steht für unsere christliche Hospiz- und Palliativkultur. Unsere Grundhaltung ist es, dass Menschen, ungeachtet ihrer Lebenserwartung – auch wenn diese nur noch Wochen oder Tage betragen sollte – sich trotzdem mitten im Leben befinden. Die Hospizinsel bietet Platz für sechs volljährige schwerstkranke Menschen und ist räumlich dem Caritas-Altenheim Marienheim angegliedert.

Eine Hospizinsel in einem Altenheim ist ungewöhnlich und trotzdem richtig: Die Menschen sollen die Angebote möglichst barrierefrei und niederschwellig wahrnehmen können. Sie leben – anders als in spezialisierten stationären Hospizeinrichtungen – gemeinsam mit

Menschen im Alter und nehmen selbstverständlich am normalen Alltagsleben teil, so wie der Tod normaler Bestandteil des Lebens ist. Die Mitarbeitenden, sowohl in der Begleitung von Menschen im Alter als auch in der Hospizarbeit und Palliativversorgung, teilen das gleiche Arbeitsverständnis und die gleiche Haltung. Für An- und Zugehörige sind Gästezimmer vorhanden.

Die ärztliche Versorgung und Betreuung der Hospizgäste erfolgen primär durch ihre Hausärzte. Bei Bedarf beziehen wir in Absprache mit ihnen Fachärzte und das Team der Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung ein.

Im Frühjahr 2022 wurde das neue **Caritas-Kinder- und Familienzentrum „Am Südpark“** (19. Stadtbezirk) eingeweiht: Es entstand 2020 zusammen mit dem neuen Wohngebiet der GEWOFAG auf dem ehemaligen EON-Gelände. Vier Sozialpädagoginnen und -pädagogen versorgen seit 2021 bereits über 1.200 Familien mit Kindern im Alter von null bis 11 Jahren, es ist ein Ort der Begegnung, Bildung und Beratung.

Familien brauchen in der heutigen Zeit nicht nur ein gutes finanzielles Sicherheitsnetz, sondern auch Orte für das gegenseitige Netzwerken. Das Familienzentrum ist ein solcher Ort, eine Begegnungsstätte für Familien, die Kontakte knüpfen möchten. Die Corona-Pandemie hat das soziale Leben von Familien eingeschränkt, darum sind Familienzentren als Orte der Begegnung umso wichtiger geworden. Seit zwei Wochen gibt es auch einen Treffpunkt in den Räumen für **ukrainische Mütter mit ihren Kleinkindern** – dieser Treff wird sehr angenommen und ist jetzt schon überlaufen – wir suchen gerade neue Möglichkeiten.

Am 19. Juli weihen wir unser neues Caritas-Zentrum in Prien ein. Der Neubau ersetzt den über die Jahre zu klein gewordenen bisherigen Standort.

Gemäß dem Motto „Alles unter einem Dach“ wird die Caritas für die Region Prien ihr komplettes Spektrum an professioneller Beratung- und Begleitung anbieten. Dazu gehören folgende Fachdienste mit 14 Mitarbeitenden: allgemeine soziale Beratung, Schuldnerberatung, Gemeindecaritas, der sozialpsychiatrische Dienst, die Fachstelle für pflegende Angehörige, die Priener Tafel, die Erziehungsberatung,

eine Spielgruppe für Kinder von null bis drei Jahren und deren Eltern sowie eine interdisziplinäre Frühförderstelle. Bereits jetzt freuen sich schon alle, dass es losgehen kann.

Der Caritasverband der Erzdiözese München und Freising ist ein moderner sozialer Dienstleister und Akteur, der sich aktiv für eine zukunftsfähige und humane Welt einsetzt. Dabei behält er, zusammen mit seinen vielfältigen Diensten, trotz seiner Größe seine Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit bei, um auf Krisen schnell und effektiv reagieren zu können.

Die Bewältigung der gegenwärtigen Krisen ist weltweit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in der die Caritas als Wohlfahrtsverband in Deutschland seinen Teil leisten wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit – gern stehe ich für Fragen zu Verfügung.